

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzpfeilschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Sernsprecher Nr. 9
Berichtsstand für beide Teile
ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige
ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme f. kleine Anzeigen
8 Uhr vorm., für große tags
zuvor 3 Uhr nachm.

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele

Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Grundsteinlegung zur neuen Reichskanzlei

Reichspräsident und Kanzler vollziehen den festlichen Akt

U. Berlin, 19. Mai. In Gegenwart des Reichspräsidenten fand gestern am Tage des 50jährigen Bestehens der Reichskanzlei, die Grundsteinlegung für ihren Erweiterungsbau statt. Nachdem der Reichskanzler die zahlreichen Gäste begrüßt hatte, intonierte der Domchor einen Gesang. Dann hielt Reichspräsident v. Hindenburg eine kurze Ansprache, indem er des Schöpfers der Reichskanzlei, des ersten Kanzlers des Reiches, Bismarck, gedachte. Nach Hindenburg würdigte der Reichskanzler Dr. Marx die Bedeutung der Feier. Er führte in seiner Rede u. a. folgendes aus: Nach dem Umsturz hat die neue Verfassung dem Amte des Reichskanzlers eine neue Bedeutung gegeben. Er ist nicht mehr allein dem Parlament verantwortlich, sondern jeder einzelne der Minister trägt für sein Ressort die Verantwortung. Damit ist auch die Stellung der Reichskanzlei eine andere geworden. Sie ist über die Behörde des Reichskanzlers hinausgewachsen zur Zentralbehörde der Reichsregierung. Bei der Ausdehnung der Zuständigkeit der Reichskanzlei machte sich nun von Jahr zu Jahr der Raumangel im alten Reichskanzlerpalais bemerkbar. Während der ersten schweren Nachkriegsjahre konnte jedoch an eine Lösung der Frage des Erweiterungsbaues nicht gedacht werden. Nunmehr aber haben der Haushaltsausschuss des Reichstages und der Reichstag selbst nach sehr eingehender Prüfung die für den Neubau erforderlichen Mittel bereitgestellt. So möge dieser Bau ein Symbol sein für den Wiederaufstieg unseres Reiches und Volkes, eine Stätte erhabener tatkräftiger Arbeit und treuer Pflichten Erfüllung. Wir wissen nicht, welches Geschick diesem Hause und welcher Erfolg der in ihm geleisteten Arbeit der Reichsregierung und der Reichskanzlei beschieden sein wird. Das steht bei dem allmächtigen Schöpfer aller Dinge. Wir können ihn nur bitten, er möge seinen Segen diesem Hause und unserem Reiche und Volke zuteil werden lassen. Wir unsererseits können nur dafür wirken, mit all unseren Kräf-

ten mit deutschem Fleiß und deutscher Zähigkeit das Unsere zu tun, damit unter dem Schutze des Allerhöchsten eine Quelle frischen Mutes und freudiger Arbeit entspringen möge zum Wohle unseres geliebten Vaterlandes.

Der Reichspräsident erteilte dann dem Kanzler die Zustimmung zur Niederlegung einer Reihe von Dokumenten in den Grundstein. Darauf begaben sich der Reichspräsident und der Reichskanzler nach der Stelle des Grundsteins, an der der Reichspräsident die eigentliche Grundsteinlegung in feierlicher Weise vornahm.

Die Arbeiten zur Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms

U. Berlin, 19. Mai. In der Presse ist wiederholt Kritik an den Arbeiten für das landwirtschaftliche Notprogramm geübt worden. Wie hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, schreiten die Arbeiten für das Notprogramm planmäßig fort. Es finden täglich Sitzungen statt. Infolge der Schwierigkeit der Materie ist es jedoch erklärlich, daß diese Arbeiten zur Durchführung des Notprogramms nur langsame Fortschritte machen können.

Dr. Benesch in Berlin

U. Berlin, 19. Mai. Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch mit Gemahlin ist, wie die Berliner Blätter melden, in einem von der Reichsregierung zur Verfügung gestellten Sonderwagen in Berlin eingetroffen. In seiner Begleitung befanden sich auch der tschechoslowakische Gesandte in Berlin und der Chef des Protokolls. Bei der Ankunft wurde Dr. Benesch von Herren des Auswärtigen Amtes, dem jugoslawischen und dem rumänischen Gesandten, dem Personal der tschechoslowakischen Gesandtschaft und weiteren Mitgliedern der tschechoslowakischen Kolonie in Berlin empfangen. Dr. Benesch reist in privater Eigenschaft; sein Aufenthalt in Berlin ist auf drei Tage bemessen.

Die deutsch-polnischen Beziehungen

Erklärungen Zaleskis über die Außenpolitik Polens

U. Warschau, 19. Mai. Am Freitag hielt Außenminister Zaleski vor dem außenpolitischen Ausschuss des Sejms eine Rede, in der er auf die wichtigsten Fragen der polnischen Außenpolitik einging.

Zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen erklärte der Minister, daß die letzten Neußerungen in der deutschen Presse ihn nicht optimistisch stimmen könnten, da sie nicht zum Aufkommen der für eine Zusammenarbeit unentbehrlichen Atmosphäre beitragen. Die polnische Grenzonenverordnung behandelte Zaleski zurückhaltend und erklärte lediglich ganz allgemein, daß die von Polen übernommenen Verpflichtungen durch die Verordnung nicht berührt würden. Die Verordnung über die Valorisierung der Zölle habe hingegen eine festere Grundlage für die Zollverhandlungen geschaffen. Polen strebe nach einem normalen nachbarlichen Zusammenleben mit Deutschland und nach einem möglichst baldigen Abschluß der Handelsvertragsverhandlungen. Die bisherigen Schwierigkeiten in den Verhandlungen über Wirtschaftsverträge seien ausschließlich auf die Bestrebungen bestimmter deutscher Wirtschaftskreise zurückzuführen.

Zu dem Haager Schiedsgerichtsurteil im oberösterreichischen Minderheitsanklagesfall erklärte Zaleski, daß der Völkerbund nunmehr überlegen müsse, ob die seinerzeit durch den Beschluß vom 12. März 1927 eingeführte Sprachenprüfung weiter bestehen bleiben solle. Das Haager Schiedsgerichtsurteil habe die polnische These bestätigt, wonach die Bestimmung der Zugehörigkeit zu einer Minderheit nicht von dem Willen der erziehungsberechtigten Personen abhängen dürfe. Damit sei die Auffassung abgelehnt, daß jeder das Recht der freien Wahl für die Erziehung seiner Kinder durch die Minderheits- oder die polnische Schule habe.

Bei Besprechung der polnisch-russischen Fragen behandelte der Minister nur die seit Jahr und Tag schwebenden Wirtschafts- und Nichtangriffsverhandlungen, ohne den künftigen polnisch-russischen Konflikt oder die in Vorbe-

reitung befindliche polnische Antwortnote zu berühren und hob das polnische Interesse an einem Schiedsgerichtsvertrag für Osteuropa hervor. — Hinsichtlich Litauens bemerkte Zaleski, daß die polnische Regierung ein Höchstmaß an Nachgiebigkeit bewiesen habe, da sie die territoriale Frage unberührt gelassen habe, die im übrigen bereits durch die Vorschaukonferenz endgültig entschieden sei. Zugeständnisse von polnischer Seite in diesem Punkte seien ausgeglichen. Er hoffe jedoch, daß die Verhandlungen schließlich zu einem Ergebnis führen würden. — Bei Erörterung der polnisch-italienischen Beziehungen stellte Zaleski fest, daß infolge seiner Besprechungen mit Mussolini der Standpunkt beider Staaten sich genähert habe. Er sei überzeugt, daß Polen auf Unterstützung seiner Politik durch Italien rechnen könne.

Zum Schluss ging Zaleski auf die Völkerbunds-politik Polens ein. Er meinte, daß Polen bereits auf der 8. Völkerbundsversammlung eine Nichtangriffserklärung eingebracht habe, die die gleichen Ziele verfolgte, wie der letzte amerikanische Vorschlag zur Aechtung des Krieges. Zaleski erklärte, er könne noch nicht sagen, ob sich Polen dem amerikanischen Vorschlag anschließen werde; jedenfalls dürfe dieser neue Fakt nicht die Verteidigung des Landes im Falle eines Angriffes unmöglich machen und müsse alle Teilnehmer von ihren Verpflichtungen befreien, falls einer der Beteiligten einen Angriff unternehme.

Beginn des Schacht-Prozesses

U. Kowno, 19. Mai. Aus Moskau wird gemeldet, daß gestern der Prozeß gegen die deutschen Ingenieure begonnen hat. Der Vorsitzende Wyshinski wies in seiner Ansprache auf die politische Bedeutung des Prozesses hin. Der Saal ist überfüllt. Es sind das diplomatische Korps und die ausländische Presse besonders zahlreich vertreten. Auf die Anträge der Verteidigung verkündete der Vorsitzende mit lakonischer Kürze, daß sämtliche Anträge auf Heranziehung neuer Zeugen abgelehnt worden seien, da diese Zeugen nichts neues aussagen könnten. Nur vier gänzlich belanglosen Anträgen wurde stattgegeben. Auch

Tages-Spiegel

In Gegenwart des Reichspräsidenten fand gestern in Berlin die feierliche Grundsteinlegung für den Erweiterungsbau der Reichskanzlei statt.

Im Befinden Stresemanns ist eine weitere Besserung eingetreten, so daß die Ärzte keine Krankheitsnachrichten mehr herausgeben.

Staatssekretär von Schubert wird voraussichtlich am Montag die Geschäfte des Auswärtigen Amtes in Stellvertretung für den erkrankten Außenminister übernehmen.

In der außenpolitischen Kommission des polnischen Sejm beschuldigte Außenminister Zaleski Deutschland der Verschleppung der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

In Moskau hat der Prozeß gegen die deutschen Ingenieure begonnen, der von der Sowjetregierung als Propaganda-Veranstaltung aufgezogen wird.

Ministerpräsident Wolbomars ist zu Besprechungen mit der englischen Regierung nach London abgereist.

Der frühere österreichisch-ungarische Kriegsminister, General von Ruffenberg, ist gestern gestorben.

Anträge der Verteidigung auf eine Untersuchung des Geisteszustandes der Angeklagten Badstieber und Baskin wurden abgelehnt. Sämtliche Anträge des Staatsanwalts dagegen wurden angenommen. Dieser Gerichtsbeschluss stellt die erste Sensation des Moskauer Prozesses dar. Es besteht der Eindruck, als ob das Gericht Zucht vor den Entlastungszeugen habe. Die Abendführung stand im Zeichen eines Massenaufstretens von Belastungszeugen. Bemerkenswert war, daß weder die Anträge der Verteidiger der deutschen Angeklagten, noch die Erwidrerungen des Staatsanwalts Kryenka zum Verständnis der deutschen Angeklagten überseht wurde, ebensowenig der Gerichtsbeschluss.

Japan besetzt die Mandchurei.

U. Tokio, 19. Mai. Die japanische Regierung ließ durch ihren Peking-Gesandten und durch das Schaughai-Generalkonsulat eine gleichlautende Botschaft an Tschangschin und den Nanking-Außenminister überreichen, worin angesichts des Vorrückens der Südtruppen amtlich erklärt wird, daß Japan die Absicht habe, mit allen Mitteln die Ruhe und Ordnung in der Mandchurei aufrechtzuerhalten, und keinerlei Friedensstörungen dulden werde. Diese japanische Ankündigung läuft praktisch auf eine vollkommene militärische Besetzung der Mandchurei hinaus. Man erwartet in den nächsten Tagen die Mobilisierung einer starken Armee. Die Japaner messen diesen Maßnahmen weittragende internationale Bedeutung bei. Den englischen, amerikanischen, französischen und italienischen Botschaftern ist eine Abschrift der Botschaft an China zugestellt worden.

Der erste Flug der „Italia“ in die Polarregionen

U. Oslo, 19. Mai. Die „Italia“, die am gestrigen Freitag um 10 Uhr vormittags bei Windstille und strahlendem Sonnenschein in Kingsbay glatt gelandet ist, ist bei ihrem 67-Stundenflug im allgemeinen von gutem Wetter begünstigt gewesen. Nach 30stündiger Fahrt geriet das Luftschiff in weichen Nebel, der sich jedoch bald wieder verzog. Am 13. Mai gegen Abend erreichte die „Italia“ Nikolaus 2. Land. Der Himmel war klar und die Luft auf viele Kilometer sichtbar. Auf der Rückfahrt hatte die „Italia“ Schneewetter zu überwinden, sodaß man auf der Etta di Milano schon fürchtete, daß sie Kingsbay nicht erreichen, sondern durch den Nordwestwind nach Vadso abgetrieben werden würde.

In Gegensatz zu dieser Meldung steht ein Drahtbericht des Korrespondenten der Kopenhagener National Tidende, aus der hervorgeht, daß Nobile Nikolaus 2. Land nicht gefunden hat. Der Berichterstatter sagt, daß die „Italia“ weit in die Polarregion hinausgeschossen ist, wo das Nikolaus 2.-Land liegen mußte. Trotzdem aber sei vom Luftschiff kein Land beobachtet worden. Man müsse demnach annehmen, daß die Russen, die das Land vor 15 Jahren entdeckt zu haben glaubten, sich geirrt hätten.

Probleme des Kreuzerbaus

Von Edgar Cederström.

Nachdem die Stärke der Linienschiffsstotten für die Unterzeichner des ersten Washingtoner Abkommens, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan, im Verhältnis 5:5:3 festgelegt ist, haben die früher gewissermaßen als nebensächlich angesehenen Kreuzer eine erhöhte Bedeutung gewonnen. Daß die Genfer Seeabrüstungskonferenz gerade an der Kreuzerfrage scheiterte, unterstreicht noch die Wichtigkeit dieser Schiffsklasse. In Genf kam man hauptsächlich deswegen zu keiner Einigung, weil es nicht gelang, die widersprechenden Anschauungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens bezüglich der Bewaffnung und der damit aufs engste zusammenhängenden Größe miteinander in Einklang zu bringen. Dabei ist, wie im Nachstehenden gezeigt werden soll, die Frage, ob 15- oder 20-Zentimeter-Geschütz, die in Genf eine solche Rolle spielte, gar nicht einmal so wichtig.

Im Gegensatz zu der Einheitlichkeit der Linienschiffstypen tritt der Kreuzer in zahlreichen Formen auf, je nach den besonderen Aufgaben, die er zu erfüllen hat, ob er selbständig Handelskrieg führen soll oder als Teil der Schlachtflotte erscheint. Diese Aufgaben entscheiden auch die Frage, ob der größere Nachdruck auf Bewaffnung, Panzerung oder Geschwindigkeit zu legen ist. Nachdem zu Beginn der Schlacht am Stagerrak die deutschen und englischen kleinen Kreuzer ihre Flottenführer von der Nähe der feindlichen Geschwader unterrichtet hatten, zogen sie sich in den Schutz der Linienschiffe zurück. Sie hatten ihren Zweck erfüllt, ohne in den Kampf eingegriffen zu haben, der ja auch nicht ihre Aufgabe war. Die Frage der Bewaffnung spielte daher überhaupt keine Rolle, denn weder die 15- noch die 20-Zentimeter-Kanone kann gegen Schlachtschiffe etwas ausrichten. Wenn vielmehr die Ausrüstung mit dem kleineren Kaliber dem Schiff eine höhere Geschwindigkeit gestattet, so wird dadurch der Kreuzer für seine Aufgabe als Aufklärer besser geeignet. Das größere Kaliber ist nur dann bei einem Kreuzer gerechtfertigt, wenn er im Geschwaderverbande kämpfen soll, und wenn sich zahlreiche Gelegenheiten bieten, schwächer bewaffnete Schiffe seiner Klasse anzugreifen. Doch dieser Fall wird außerordentlich selten vorkommen, da das schwächere Schiff sich hinter seine Linienschiffe wird zurückziehen können.

Dies hindert indessen nicht, daß die Anhänger des 10.000-Tonnen-Kreuzers mit einer gewissen Anzahl 20-Zentimeter-Geschütze diesen als ausgesprochenes Kampfschiff betrachten, während der nur 15-Zentimeter-Artillerie führende kleine Kreuzer ein Schiff mit rein defensiven Eigenschaften sein soll, mit der einzigen Aufgabe, den Seehandel zu schützen. Es ist nicht ganz leicht zu verstehen, warum man diesen Unterschied zwischen beiden Typen macht. Vielleicht beruht er auf der — allerdings rein hypothetischen — Voraussetzung, daß der größere Kreuzer, im Gegensatz zum kleineren Typ, in Verbindung mit der Schlachtflotte operiert. Aber da er in den Kampf ja doch nicht eingreifen kann, darf man sich fragen, welche Rolle ihm für die Seeschlacht zugeordnet ist. Eine Frage, die unbeantwortet bleiben muß.

In Genf vertraten einige Fachleute die Ansicht, daß der 10.000-Tonnen-Kreuzer mit 20-Zentimeter-Geschützen an Kampfkraft den mit der gleichen Anzahl 15-Zentimeter-Geschützen bewaffneten Kreuzer um das Zweieinhalbfache überstiege. Sie stützten sich dabei auf die Tatsache, daß die Geschosse der 20-Zentimeter-Kanone 250 Pfund, die des 15-Zentimeter-Geschützes dagegen nur 100 Pfund wiegen. Dies Vergleichsverfahren ist aber nur rechnerisch richtig, denn es vernachlässigt wichtige Faktoren wie die Reichweite und die Sichtbarkeit. Zu ihrer Seegeschichte des Weltkrieges die Engländer die Erfahrung machen, daß die deutschen 10,2-Zentimeter-Geschütze den britischen 15,2-Zentimeter-Geschützen in der Reichweite nicht nachstanden. Das heutige englische 15,2-Zentimeter-Geschütz neuesten Modells, mit einer Anfangsgeschwindigkeit von 914 Metern in der Sekunde, wird hinsichtlich der Schußweite von keinem 20-Zentimeter-Geschütz übertroffen. Beide können daher die größten, durch die Sichtbarkeit begrenzten Kampferwartungen wirksam ausnutzen. Darüber hinaus ermöglicht die Beobachtung in der Luft Gefechtsabhandlungen, doch wird sie für Kreuzer schwerlich zur Verfügung stehen. — Die Wirksamkeit beider Kaliber im Gefecht unterscheidet sich nur durch die größere Zerstörungskraft des schwereren Geschosses.

Trotz dieser allgemein bekannten Tatsachen fahren die Konstrukteure fast aller Länder fort, kleine Kreuzer mit verhältnismäßig schwerer Artillerie zu bauen. Man denke an die japanische „Moba“ von nur 7000 Tonnen, die acht 20-Zentimeter-Geschütze führt. Die dieser Konstruktion zugrunde liegenden Gedankengänge sind nicht leicht zu erraten. Wenn England jetzt ähnliche Schiffe baut, so wohl nur deswegen, weil es durch das Washingtoner Abkommen gewissermaßen dazu gedrängt wird. Im übrigen sind, abgesehen von der während des Krieges entworfenen „Hawkins“-Klasse, alle modernen englischen kleinen Kreuzer mit 15-Zentimeter-Geschützen bewaffnet. Über dem Bestreben, die Größe der leichten Kreuzer beständig zu steigern, wird ganz vergessen, für welche Zwecke diese Schiffsklasse eigentlich bestimmt ist. Das 20-Zentimeter-Geschütz ist für sie unzumutbar, weil es als Antitorpedowaffe zu schwer, andererseits zum Kampf gegen Linienschiffe nicht ausreichend ist. Während der Weltkrieg über alles Erwarten den Wert des selbständigen Kreuzers bargehen hat, lehrte er gleichzeitig, daß im Zukunftskriege der leicht gepanzerte, mit 20-Zentimeter-Geschützen ausgestattete, den Schlachtflootten zugehörte Kreuzer keine Daseinsberechtigung mehr hat. Die Aufklärung erfolgt durch Flugzeuge. Den Schutz der Schlachtflootten gegen

Torpedoangriffe und U-Boote besorgen Zerstörer. Woan dann noch das 20-Zentimeter-Geschütz?

Die für den Handelschutz bestimmten Kreuzer müssen hohe Geschwindigkeit mit größtmöglicher Kampfkraft verbinden. Da diese beiden Faktoren sich aber gegenseitig aufzuheben suchen, so kann es sich nur darum handeln, welchem von ihnen der Vorzug zu geben ist. Im Kriege gibt während des Kreuzerkrieges oft eine auch nur um Bruchteile einer Seemeile überlegene Schnelligkeit den Ausschlag. Der voranschreitliche Kriegsschauplatz spielt dabei eine große Rolle. Deshalb bevorzugt die Italiener — mit dem Mittelmeer als Operationsgebiet — kleine Kreuzer mit hoher Geschwindigkeit bis zu 38 Knoten. Demgegenüber legen die Engländer größeren Wert auf Kampfkraft, da sie mit dem Hochseekriege rechnen müssen, mit dem Schutz von Geleitzügen und der Überwachung jener Gegenden, wo sich die Handelsstraßen schneiden. Eine Schnelligkeit von 25 Knoten würde für die englischen Kreuzer im allgemeinen durchaus genügen. Derartige Schiffe würden über einen großen Aktionsradius verfügen.

Einen wirklich gelungenen Typ stellen, auch nach dem einstimmigen Urteil ausländischer Sachverständiger, die neuen deutschen Kreuzer der „Königsberg“-Klasse dar, die offensive und defensive Eigenschaften in überraschend glücklicher Weise vereinigen. Durch strengste Gewichtersparnis (neuartige Baustoffe), modernste Baumethoden (elektrisches Schweißverfahren), Aufstellung der Artillerie in gasdichten Drillingstürmen ist ein nahezu idealer Kreuzertyp geschaffen, der bei 6000 Tonnen Wasserverdrängung neun 15-Zentimeter-Geschütze, ausreichende Luftabwehrartillerie und zahlreiche Torpedorohre führt, 32 Knoten läuft und bei einer Marschgeschwindigkeit von 14 Knoten eine Dampfsprede von 6000 Seemeilen aufweist, daneben aber auch ausreichend gepanzert ist. Die Artillerie gilt als allen bekannten, ähnlichen Kalibern glatt überlegen, nicht nur in der Reichweite von mehr als 18.000 Metern, sondern auch durch größere Feuer- und Geschwindigkeit, die durch ein leichteres Gewicht des gleichwohl außerordentlich wirksamen Geschosses erzielt wird. Die deutsche Schiffbauindustrie hat hier Leistungen vollbracht, die zu erreichen den ausländischen Wettbewerbern schwer fallen dürfte.

Aus den Parteien

Wahlversammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei.

Am Freitag abend hielt die Nationalsozialistische Arbeiterpartei eine Wahlversammlung im Weißchen Saal ab. Der Kandidat der Partei, Baubeamter Entenmann-Calw hielt ein Referat über die Ziele der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, worin er in kritischer Weise gegen die politischen Prinzipien des Pazifismus, Internationalismus und den Gedanken der Weltverbüderung Stellung nahm. An Hand geschichtlicher Beispiele wies er nach, daß die reine Führerpersönlichkeit stets im Ubergewicht gewesen, die Diktatur gegenüber der Demokratie stets den Erfolg davongetragen habe. In interessanter Weise verstand es der Redner, die durch den Dawesplan bewerkstelligte Anebelung des Reiches zu zeichnen, den Verlust der Finanzhoheit, die Herrschaft der Hochfinanz usw. Der Referent, welcher sich jeglicher Angriffe gegen andere Parteien enthielt, bezeichnete als Programm seiner Partei, die Luft zu überbrücken, welche durch den Kampf des Marxismus im deutschen Volk entstanden sei; die Partei will weder rechts noch links halten, sondern im Bestreben der Volkseinigung die besten Kräfte des Volkes um sich sammeln; fern jeder Parteipolitik und jedem Streit der Tagesfragen will sie Politik auf weite Sicht treiben zum Wohle des Volkes. Dem Vortrag, welcher bei den Versammelten viel Beifall fand, folgte eine längere Diskussion, welche sich, dadurch daß auch Gegner der Partei sprachen, recht abwechslungsreich gestaltete.

Wahlversammlung der Volkspartei.

Den Beschluß der Wahlversammlungen in Calw machte am gestrigen Freitag die Volkspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung). Auf Einladung der hiesigen Ortsgruppe des Sparerbundes sprach Rechtsanwalt K. Schilling in Stuttgart im Weißchen Nebenzimmer über das Thema: Warum brauchen wir die Volkspartei? Nach einleitenden Worten des Versammlungsleiters, Sägerwerksbesitzer E. Wagner-Ernstmühl, nahm der Referent das Wort, um zunächst den Vorwurf der großen Parteien, die Volkspartei sei eine Splitterpartei, zu entkräften. Wer seine Ideen und Ziele in zähem Kampf durchsetze, werde eine Zukunft haben. Auch Sozialdemokratie und Zentrum seien geboren worden aus dem Kampf gegen Ausnahmegeetze. Durch die Ausnahmegeetze vom Juli 1925 sei der Mittelstand ausgeplündert und enteignet worden (Anleiheablösungsgesetz). Aus der Rechtsnot des Mittelstandes sei die Volkspartei hervorgegangen. Die Partei kämpft für Recht und Gerechtigkeit; sie fordert, daß die deutsche Politik und das deutsche Staatswesen wieder auf die Grundlage des Rechts gestellt werden. Der Währungsbeitrag, den das Reich herbeiführte, muß an den Opfern wieder gutgemacht, das Vertrauen zum Reich durch Anerkennung der alten Verpflichtungen wiederhergestellt werden. Der Referent fand bittere Worte für die Rolle des Großkapitals, des Reiches und der Länder während der Inflation; sie förderten bewußt die Geldentwertung zum Zweck ihrer Entschuldung und hielten später an der Entschuldungslüge fest. Die Enteignung des Mittelstandes, die die größte Kulturkatastrophe der Zeiten sei, habe furchtbare Folgen gehabt: 50.000 Notfellestörbe, verzeihe die Zeitungschronik. Doch treffe der Entschuldungswahn nicht allein die Später, sondern das ganze deutsche Volk: Das Dawesabkommen ist auf der Entschul-

dungslüge aufgebaut, infolgedessen hat man dem deutschen Volk durch die Schuld seiner Führer die doppelte Reparationslast auferlegt. Die Vernichtung des inneren Kredits des Reichs, der Länder und Gemeinden ist eine weitere schwere Folge der Entschuldungslüge. Heute müssen alle Aufgaben der öffentlichen Hand (Wohnungsfrage) durch Umlagen und Steuern gelöst werden. Die Volkspartei will den inneren Kredit des Reiches durch Wiederherstellung der Rechts- und Mündelsicherheit wieder schaffen. Dazu müssen aber zunächst die alten Schulden durch das Reich gerecht aufgewertet werden. Das Geld hierzu ist da. Um den Bestehen (50 Prozent Aufwertung bei 30jähriger Tilgung) praktisch durchzuführen, wären nur 850 Millionen Reichsmark im Jahr erforderlich; durch eine öffentliche Anleihe sei es eine Kleinigkeit, eine solche Aufwertung durchzuführen, ohne einen Pfennig Steuergeld zu verwenden. Zum Schluß wies der Redner auf die zahlreichen Korruptionserscheinungen im Volk hin, welche er auf das Entschuldungsverbrechen zurückführte. Wenn dieser sittliche Verfall weiterfahre, sei das Reich reif zum Untergang. Der Kampf um das Privateigentum, den die Volkspartei führe, sei ein Kulturkampf; er schütze den Staat vor den Gefahren des Sozialismus und Kommunismus (Enteignung des großen Eigentums). Die Volkspartei sei heute die einzige staatsbehaltende Partei; sie wolle den starken Wall des Mittelstandes wiederherstellen, der den friedlichen Ausgleich zwischen Rechts und Links gewährleistete. Die Volkspartei kämpfe um die Lebensinteressen des deutschen Volkes; ihr gehöre die Stimme aller, die es mit Volk und Reich wohlmeinend. Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Wahlrecht — Wahlpflicht

Unsere Zeit ist schnelllebig, und wir vergessen nur zu rasch, was uns noch vor kurzem als Frage von höchster Bedeutung erschien. Noch sind keine zehn Jahre vergangen, seitdem unter dem Vorwand, das allgemeine gleiche Wahlrecht in Preußen zu erlangen, Umstürzler die Revolution vorbereiteten, und heute, da wir dieses heiß ersehnte Recht besitzen und ausüben sollen, erscheint es Millionen als eine Last, als eine Ueberflüssigkeit. Wie für ein Kind ein Spielzeug nur solange Wert besitzt, wie es sich nicht in seinen Händen befindet, so hat ein großer Teil von uns nur deshalb nach dem Wahlrecht geschrien, weil es ihm lange Zeit vorenthalten war. Heute denkt wohl niemand mehr an diese Kämpfe, und manche erinnern sich noch nicht einmal ihres Wahlrechtes.

Wir stehen heute wieder vor den Wahlen. Sie werden diesmal mehr als je den Kurs unserer äußeren und inneren Politik zu bestimmen haben. Die Ausübung des heiß erkämpften Wahlrechtes müßte daher für jeden Deutschen eine Selbstverständlichkeit sein. Das ist sie aber, wie alle bisherigen Wahlen zur Genüge bewiesen haben, leider nicht. Ein Viertel, vielleicht sogar ein Drittel unserer Wahlberechtigten wird wieder aus Ineffizienz, Vergesslichkeit, Verbitterung oder anderen Gründen den Wahlurnen fernbleiben. „Auf meine Stimme kommt es doch nicht an“, sagt der eine, „Ich will vom Parlamentarismus nichts wissen!“ großt der andere. Ist aber die Entscheidung gefallen, dann sind sicher diese Außenseiter diejenigen, die ihrer Unzufriedenheit über Deutschlands innere und äußere Lage am schärfsten Ausdruck geben. Wir haben in den Jahren seit der Revolution vielleicht allzuviel von Politik hören müssen, so daß eine begriffliche Ineffizienz die bürgerlichen Kreise, die den weitaus größeren Teil der Wahlmüden stellen. Vielen unserer geistig arbeitenden widerstrebt es geradezu, sich an einer Wahl zu beteiligen, die durch marktstreiferische und oft unsaubere Propaganda vorbereitet wurde; andere wieder halten es für zwecklos, Vertreter in ein Parlament zu wählen, das dem Lande ein unerfreuliches Beispiel von Zwierrat und Würdelosigkeit bietet. Doch alle derartigen Bedenken müssen verschwinden. Die Lage des Mittelstandes, der die Hauptlasten der Unglücksjahre seit 1914 zu tragen hatte und in der Nachkriegszeit mit gänzlichem Untergang bedroht war, kann nur dann gebessert und die Würde unserer Volksvertretung nur dann erhöht werden, wenn jeder Einzelne es als Ehrenpflicht betrachtet, morgen seine Stimme mit in die politische Waagschale zu werfen.

Wie wird gewählt?

Regeln für den Wähler.

1. Du erhältst am Wahltag beim Betreten des Wahlraums den amtlichen Stimmzettel und den amtlichen Wahlumschlag für die Reichstagswahl sowie den amtlichen Stimmzettel und den amtlichen Wahlumschlag für die Landtagswahl.
2. Du begibst dich dann in den Nebenraum (Wahlverschlag) und setzt mit Bleistift oder Tinte auf jedem Stimmzettel ein Kreuz (X) in den Kreis rechts neben dem Wahlvorschlag, dem du deine Stimme geben willst.
3. Lege im Nebenraum (Wahlverschlag) jeden angekreuzten Stimmzettel in den zugehörigen Wahlumschlag.
- Merke: Der Stimmzettel mit dem Aufdruck „Reichstagswahl“ gehört in den Wahlumschlag mit dem Aufdruck „Reichstag“. Der Stimmzettel mit dem Aufdruck „Landtagswahl“ gehört in den Wahlumschlag mit dem Aufdruck „Württ. Landtag“. Hüte dich vor Verwechslungen!
4. Uebergib alsdann die beiden Wahlumschläge mit den angekreuzten Stimmzetteln darin dem Wahlvorsteher unter Nennung deines Namens.
5. Gehe zeitig zum Wählen und nimm vorsorglich einen Bleistift mit.
6. Jeder Wahlberechtigte soll wählen.

Wähler und Wählerinnen des Bezirks!

Der 20. Mai ist ein Schicksalstag für das deutsche Volk.
Soll der Zug nach rechts oder nach links gehen?

Sollen die Männer unseres Vertrauens, welche sich mit Aufopferung ihrer ganzen Kraft an der Wiederherstellung der Ordnung im Staatsleben eingesetzt haben, gewählt werden.

Bauer und Bäuerin, wer ist für Eure Interessen voll und ganz eingetreten?

Es ist unser selbsterwählter Bezirksabgeordneter

Wilhelm Dingler, Calw

der durch seine parlamentarische Tätigkeit bewiesen hat, daß er nicht nur ein Mann des Wortes, sondern auch der Tat ist. Er hat nicht einseitige Interessen vertreten, sondern jeder fand bei ihm Rat und wenn irgend möglich auch Hilfe.

Er weiß, wo uns der Schuh drückt.

Deshalb wählet

Bauern- und Weingärtnerbund,

der auf dem Wahlzettel die Nummer 14 trägt.

Lichtspieltheater Badischer Hof.

Nur morgen Sonntag mittags 3 1/2 Uhr, sowie abends 8 Uhr

Maria Stuart, ein Frauenleben

erzählt von Anton Kuh und Diebold Feber, Magda Sonja als Maria

1. Teil 6 Akte. 2. Teil 7 Akte.

Hierzu ein Lustspiel

Perne bogen, ohne zu klagen, in 2 Akten.

Jugendliche haben Zutritt.

Doppelprogramm.

KURHOTEL

KLOSTER HIRSAU

Das bisher als Regiebetrieb von der Gemeinde Hirsau geführte KURHOTEL KLOSTER HIRSAU ist durch Kauf an H. Hotelier THEODOR WAGNER aus Mannheim übergegangen, dem als langjährigem Hotelfachmann im In- und Auslande die besten Erfahrungen zu einer erstklassigen Weiterführung des Hauses zur Seite stehen. Wir benützen diesen Anlass, unseren Gästen von nah und fern für die freundliche Unterstützung unseres Unternehmens auf diesem Wege herzlich zu danken und bitten auch den neuen Besitzer mit dem uns entgegengebrachten Vertrauen beehren zu wollen.

Namens des Gemeinderats Hirsau: Schultheiss MAULBETSCH Als neuer Besitzer des Kurhotels Kloster Hirsau gestatte ich mir, die Einwohnerschaft von Hirsau, Calw und Umgebung, sowie die Kurfremden zum Besuche meines nach jeder Richtung hin gut geführten Hauses ergebenst einzuladen. Als Leiter größerer in- und ausländ. Unternehmungen bin ich in der Lage, jedem Anspruch gerecht zu werden unter Anwendung reellster Grundsätze. Anlässlich der Betriebs-Übernahme beehre ich mich, zu einem ERÖFFNUNGS-ESSEN am kommenden Samstag und Sonntag, 19. und 20. Mai bei reichster Auswahl einzuladen. Auch wird an beiden Tagen der Aufenthalt in meinem Hause durch Konzerte besonders angenehm gestaltet.

THEODOR WAGNER

Langenbrand.

Auftragsgemäß wird sofort dem Verkauf ausgesetzt:

1 Nähmaschine Fabr. Gruppneu, 1 Sämaschine Stellaka, 1 Wiesenegge 6 Gliederreihen neu, 1 guterh. Lastenwagen (60 Ztr. Tragkraft) 1 neuer Kasten auf Lastenwagen, 1 Langholzwagen, 1 eis. Pflug mit Vorschäler, 1 hölzerne und 1 Saategge u. sonst noch Verschiedenes.

Diesbezügliche Anfragen sind unter Tel. Schömberg Nr. 34 erbeten.

Schönen

Kopfsalat
kräftige Tomatenpflanzen und starke Neuseeländer-Spinatpflanzen empfiehlt
Ch. Hägele.

Die Wahrheit

über die Gebäudeentschuldungssteuer.

Die Gebäudeentschuldungssteuer wurde durch eine Reichsregierung eingeführt, bei der die Demokraten beteiligt waren. Sie ist im links regierten Preußen doppelt so hoch als in Württemberg.

Die württ. Regierung hat einen Antrag auf Abschaffung der Gebäudeentschuldungssteuer bei der Reichsregierung gestellt; der Antrag wurde abgelehnt, weil die meisten Finanzminister der Länder die Beibehaltung und den Ausbau der Steuer verlangten.

Der preußische demokratische Finanzminister hat erklärt:

„Man müsse den Mut haben, zu erklären, daß die Hauszinssteuer verewigt werden müsse. Auf die Hauszinssteuermittel, die jetzt auch für den allgemeinen Finanzbedarf verwendet werden, können weder der Staat noch die Gemeinden verzichten. Die Verewigung der Hauszinssteuer könne aber nur durch ein Reichsgesetz erfolgen. Die Reichsregierung sei sich schon in dieser Hinsicht einig.“

Das ist im November 1926 unter der Regierung des demokratischen Reichsfinanzministers Dr. Reinhold gesprochen worden. In ähnlicher Weise hat sich auch der heftige demokratische Finanzminister Henrich Ende September 1926 ausgesprochen. Er sagt:

„Man ist sich in fachkundigen Kreisen darüber klar, daß die Sondergebäudesteuer in dieser Form auf die Dauer nicht weiter bestehen kann und daß man dafür eine andere wirtschaftlich und politisch erträglichere Form suchen muß. Als eine solche wird die Umwandlung der Steuer in eine ablösbare Reallast befürwortet, deren alljährliche Festsetzung dem politischen Kampf entzogen ist.“

Also die Demokraten wollen die Gebäudeentschuldungssteuer verewigen.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schreinermeister Siller hat beantragt, die Umsatzsteuer auf 1% zu belassen und nicht auf 3/4% zu ermäßigen und dafür die Gebäudeentschuldungssteuer zu ermäßigen. Dieser Antrag wurde von den Demokraten abgelehnt.

Darum wählet

Deutschnationale Volkspartei Württ. Bürgerpartei. Nr. 2.

Oberhaugstett, 18. Mai 1928.

Todesanzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Vater

† **Johannes Kern**
Rechenmacher

unerwartet rasch im Alter von nicht ganz 75 Jahren von uns geschieden ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Kinder:

Michael Kern, Liebelsberg
Johannes Kern, Oberhaugstett
Barbara Stepper geb. Kern, Schömbronn
Gottlieb Kern, Balersbronn

Beerdigung Sonntag nachmittag 2 Uhr.

Althengstett, 19. Mai 1928.

Todesanzeige

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

† **Elisabeth Weik Wtw.**
geb. Ruffe

im Alter von 76 Jahren durch einen Unglücksfall uns unerwartet rasch entziffen wurde.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Montag nachmittag 1 Uhr.

Turnverein Calw

Morgen Sonntag, 20. Mai, nachm. 3 Uhr

Freundschafts-Handball-Spiel

Sindelfingen I gegen Calw I

auf dem Spielplatz an der Hirsauerstraße.

Am kommenden Sonntag, den 20. Mai,

findet

im Gasthaus zum „Hiesch“

in Liebelsberg

eine

Tanz-Unterhaltung

statt bei gutbesetzter Streichmusik wozu einladet
der Besitzer: Hans Seid die Kapelle.

Wer sparsame Wirtschaft will in Reich,
Land und Stadt

Wählt Liste 6 als Demokrat!

SK
Wöchentlich 2 mal aus Hamburg eintreffend.
Früh gerösteter
Kaffee
in allen Preislagen.
Nicht der „Name“ sondern die sachmännisch zusammengestellte Qualitätsmischung ist ausschlaggebend.
See Cacao
in G. E. G.-Packung und lose, feinste Qualitäten
Konsumverein

Gelegenheitskauf!
Ein komplettes
Saxx-Schlagzeug
(Orig. Amerikan.) mit sämtlichen Nebeninstrumenten günstig zu verkaufen.
Angebote unter R. P. 116 an die Gesch.-St. ds. Bl.
Eine kleine Anzeige
im „CALWER TAGBLATT“ dürfte schon genügen, wenn Sie etwas rasch und gut verkaufen wollen

Tanz-Unterhaltung
statt bei gutbesetzter Streichmusik wozu einladet
der Besitzer: Hans Seid die Kapelle.
Wer sparsame Wirtschaft will in Reich,
Land und Stadt
Wählt Liste 6 als Demokrat!

Deutsche Volkspartei

(National-liberale Partei)

Ein letztes Wort:

Der Wahltag ist gekommen. Vor allen Dingen erfülle Deine Staatsbürgerpflicht, die Dir auch eine Verantwortung auferlegt.

Wähle!

Laß Dich nicht irre machen durch leere Versprechungen und durch entstellende Wahlpropaganda. Wähle keine Splitterpartei. Bekenne Dich zu einer großen Richtung. Sachlich sind die Splitterparteien, die einseitige, extreme Forderungen vertreten, zur Unfruchtbarkeit verurteilt; sie finden keine Mehrheit.

Einigkeit macht stark; nur große Ideen können ein großes Volk auf breiter Basis zusammenführen; Unehligkeit verdirbt.

Bedenke, daß Dich mit Deinen Stammesbrüdern eine Schicksalsgemeinschaft verbindet. Das Wohl des Ganzen ist auch Dein Wohl. Sei deshalb vor allen Dingen deutsch.

Wähle national!

Versuche auch die Auffassung anderer zu verstehen. Andere Berufe, andere soziale Schichten, andere Konfessionen haben andere Ansichten als Du. Versetze Dich in ihre Lage; Du wirst dann manches begreifen können, was Dir ohne diese Mühe unvernünftig erscheint.

Sei liberal!

Unser deutsches Volk auf breiter nationaler und liberaler Grundlage zu einen, ist für die deutsche Volkspartei vornehmste Aufgabe. Mitzuarbeiten für das Wohl unserer Gesamtheit ist ihr erste Pflicht.

Den Willen zur Tat, zur Mitarbeit hat die deutsche Volkspartei stets bekundet; unfruchtbare Opposition mag dem Kritiker, dem Besserwisser gefallen; wir wollen helfend fördern und tragen für unsere Arbeit die Verantwortung.

Sieh Dir unsere Grundsätze an; schau nach unseren Taten. Dann entscheide Dich; wähle und bestimme Deine Freunde zu wählen.

Wähle die Liste Nr. 4 der deutschen Volkspartei

Reichstagswahl:

Landtagswahl:

4	Deutsche Volkspartei Biches — Reinath — Groß — Rendle	4	⊗	4	Deutsche Volkspartei Schmid — Reck — Schuler — Fritzsche — Mönch — Hepp	4	⊗
---	--	---	---	---	--	---	---